



**PfalzMetall-Preis verliehen**

# M+E-Nachwuchs motivieren und fördern

**Mindestlohn**  
Tarifautonomie  
in Gefahr  
*Seiten 4/5*



**PfalzMetall-Tag**  
M+E-Industrie blickt  
optimistisch auf 2007  
*Seiten 6/7*



**Nahaufnahme**  
Aus der pfälzischen  
M+E-Industrie  
*Seiten 8/9*





Foto: pixelio.de

# Marktschreier

**Z**ugreifen! Dabei sein! Noch'n Aal, ne fette Makrele – und das alles für nur drei Euro! – Wer kennt sie nicht? Die Marktschreier, die jedem, der vor ihrer Bühne steht, das Gefühl geben, das allerbeste und supergünstigste Angebot überhaupt zu verpassen, wenn man genau jetzt nicht „Hier!“ schreit, um sich gleichzeitig mit gespitzten Ellbogen in erprobter Wühltisch-Kampfhaltung nach vorne zu boxen. Und wenn man zuhause die Mega-Schnäppchen auspackt, merkt man nicht selten, dass das verlockende Angebot nicht umsonst so günstig war...

Doch, weil es auch immer noch Menschen gibt, die ernsthaft glauben, gegen die fliegenden Hütchen-Spieler in Berlin oder sonst wo gewinnen zu können, wird es auch immer wieder Menschen geben, die sich ihren faulen Fisch beim Marktschreier mit vollem Einsatz und großer Leidenschaft erkämpfen.

Dies hat die Große Koalition offensichtlich erkannt und will diesen Weg nun auch gehen: Denn wenn es nach der Bundesregierung geht, dann soll die unterste Lohnhöhe schon bald ebenso auf den Wahlkampf Bühnen der Republik angepriesen werden, wie die super-frischen Waren der Marktschreier auf St. Pauli.

Natürlich sagt die Politik das so nicht. Aber wenn man die Einigung der Koalition zum Mindestlohn einmal genau betrachtet, so hat der jeweilige Bundesarbeitsminister zukünftig eine herausgehobene Stellung bei der Festlegung von branchenbezogenen Mindestlöhnen: Er kann sie ablehnen oder festlegen – fast ganz, wie es ihm beliebt. Das verlegt die Entgelt-Verhandlungen auf die Wahlkampf Bühnen unserer Republik. Die Gehaltshöhe als Wahlgeschenk! Das klingt für manche Politiker-Ohren mit Sicherheit verlockend.

Doch Vorsicht! Die Lohnschraube ist schnell überdreht. Denn kein Unternehmer wird für einen Arbeitnehmer dauerhaft mehr bezahlen, als dieser erwirtschaftet. Das gilt insbesondere für die unteren Lohngruppen. Die Gefahr ist also groß, dass die geschenkte Lohnerhöhung schnell ebenso stinkt, wie der alte Fisch vom Marktschreier.

*Marcel Speker*

[marcel.speker@pfalzmetall.de](mailto:marcel.speker@pfalzmetall.de)

## inhalt

### arbeitskosten

**3** Ein Viertel legt der Staat fest

### mindestlohn

**4** Mindestlohn rüttelt an Tarifaufonomie

**5** Mindestlohn berührt M+E-Industrie (noch) nicht

### pfalzmetall-tag

**6/7** M+E-Industrie blickt optimistisch auf 2007

### nahaufnahme

**8/9**

### service: reisen

**10** Auf Nummer sicher mit Plastikgeld und Reiseschecks

### service: steuern

**11** Die TIN kommt von ganz alleine

### grafik des monats

**12** Mehr als vier Monate frei

## impressum

Herausgeber: **PFALZMETALL**  
 Friedrich-Ebert-Straße 11–13, 67433 Neustadt  
 Internet: [www.pfalzmetall.de](http://www.pfalzmetall.de)  
 Redaktion: Marcel Speker (verantwortl.)  
 Gestaltung: Rainer Sauter  
 Anschrift der Redaktion:  
 FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz,  
 Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39  
 E-Mail: [ferrum@pfalzmetall.de](mailto:ferrum@pfalzmetall.de)  
 FERRUM erscheint monatlich.  
 Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.

Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,  
 Dischingerstraße 8, 69123 Heidelberg.  
 Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.

Ein industrieller Arbeitsplatz kostet das Unternehmen weit mehr als den Bruttolohn

## Ein Viertel legt der Staat fest



**25 Prozent aller Kosten, die durch einen industriellen Arbeitsplatz, hier Mechatroniker, entstehen, werden vom Staat festgelegt.**

**T**ariflöhne sind Einkommen. Sie entsprechen der geleisteten Wertschöpfung, denn sonst würde sich dieser Arbeitsplatz für keinen Unternehmer mehr lohnen. Einen Mitarbeiter, der mehr verdient, als er durch seine Arbeit erwirtschaftet, wird sich auf Dauer kein Unternehmen leisten können. Darum werden die Entgelte auch von denen ausgehandelt, die direkt betroffen sind – die Unternehmer, die diese Löhne aufbringen und erwirtschaften müssen und die Mitarbeiter, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen.

Soweit die Situation aus Sicht der Arbeitnehmer. Doch für den Unternehmer ist die Betrachtung an dieser Stelle noch nicht zu Ende. Denn zu dem Brutto-Arbeitslohn

kommen für die Arbeitgeber noch einmal mehr als 25 Prozent an Kosten dazu – der größte Teil für Sozialversicherungsbeiträge. Der Staat beeinflusst die Arbeitskosten aber auch durch Feiertage, gesetzliche Regelungen zum Urlaub oder zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Das Ergebnis: Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wurden 2006 im produzierenden Gewerbe Westdeutschlands genau 25,2 Prozent der gesamten Arbeitskosten vom Gesetzgeber verursacht – im Osten liegt diese Quote sogar bei 27,1 Prozent.

Diese Kosten kommen zu den Bruttolöhnen hinzu. Und auch diese sind in den vergangenen Monaten kontinuierlich gestiegen – in 2006 je Vollzeitbeschäftigten um

zwei Prozent auf 41.190 Euro. Nach Angaben des IW muss der Arbeitgeber für ein solches Bruttoentgelt jedoch in Wahrheit Kosten in Höhe von 53.840 Euro pro Jahr aufbringen. Im Osten liegt das Lohnniveau etwa um ein Drittel niedriger: Der durchschnittliche Lohn für einen industriellen Arbeitsplatz liegt dort bei 27.660 Euro, die Arbeitskosten ihrerseits deutlich darüber, bei 35.290 Euro.

Für 2007 wird sich diese Entwicklung voraussichtlich ein wenig entspannen: Zwar ziehen die Beitragssätze von Renten- und Krankenversicherung an, die Absenkung bei der Arbeitslosenversicherung ist aber so groß, dass unterm Strich der Beitragssatz zur Sozialversicherung um 1,3 Prozentpunkte sinkt. Auf den Jahresverdienst gerechnet ist dies jedoch nur wenig mehr, als ein Tropfen auf den heißen Stein und macht auf den Jahresverdienst gerechnet eine Entlastung von 0,5 Prozent aus.

Allerdings gilt bei der Arbeitslosenversicherung auch: „Es geht noch billiger!“. Denn die Spielräume, die durch den Rückgang der Arbeitslosenzahlen gewonnen werden, werden nicht konsequent zur Beitragssenkung genutzt. Das IW verweist darauf, dass bereits in den ersten vier Monaten dieses Jahres ein Überschuss von 500 Millionen Euro durch die Bundesagentur für Arbeit erwirtschaftet wurde. Der über das ganze Jahr hinweg entstehende Spielraum könnte für eine Senkung des Beitragssatzes um 0,4 Prozentpunkte auf 3,8 Prozent genutzt werden. Bei etwas politischem Mut und Inkaufnahme eines geringen Defizits wäre sogar eine Senkung auf 3,5 Prozent denkbar.

In finanzielle Schwierigkeiten würde ein geringes Defizit die Bundesagentur wohl nicht führen – immerhin liegen dort 11 Milliarden Euro als Rücklage auf der hohen Kante.

Kompromiss der Großen Koalition: Zentrale Stellung für Bundesarbeitsminister

# Mindestlohn rüttelt an Tarifautonomie

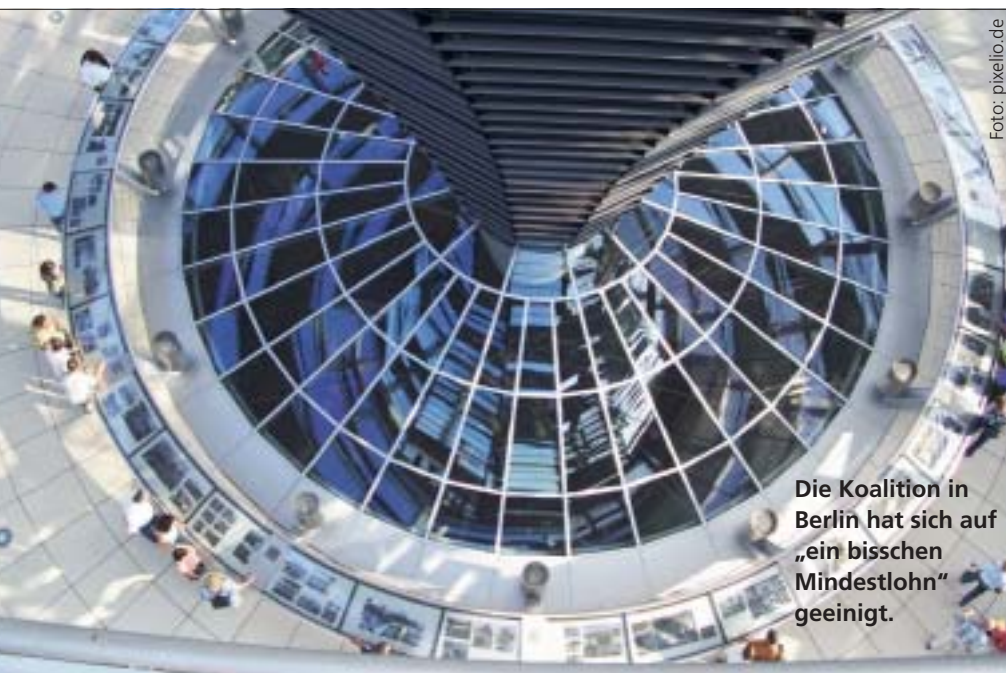


Foto: pixelio.de

**Die Koalition in Berlin hat sich auf „ein bisschen Mindestlohn“ geeinigt.**

**Die Lohnfindung liegt in Deutschland in den Händen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Diese Tarifautonomie hat sich bewährt und gilt für andere Staaten als modellhaft. Die aktuelle politische Diskussion hat jedoch mit dem Schlagwort „Mindestlohn“ ein Thema nach oben gespült, das diese Tarifautonomie nachhaltig infrage stellt.**

Union und SPD sind in dieser Frage weiter voneinander entfernt, als der Mond von der Erde – und doch waren sie gezwungen, sich zu einigen. Der eine Koalitionspartner wollte dieses Projekt gar nicht, der andere am liebsten in seiner Luxus-Version. Es war vorhersehbar, dass hierbei nur ein Kompromiss herauskommen würde. Und Kompromisse in der Politik sind selten bis nie ein großer Wurf.

Die Einigung sieht nun sozusagen „ein bisschen Mindestlohn“ vor: In einzelnen Branchen soll der Mindestlohn kommen.

Etwa zehn bis zwölf sollen es sein, wobei sich die Koalitionäre in ihrer Nachtsitzung noch nicht auf konkrete Branchen einigen konnten oder wollten. Verschiedene Wege führen zu den Mindestlohn-Bestimmungen.

Hierzu sollen einerseits die Möglichkeiten des Arbeitnehmerentsendegesetzes konsequent ausgenutzt werden. Eigentlich sollten durch dieses Gesetz diejenigen Branchen erfasst werden, die in besonderer Weise einer so genannten Entsendeproblematik ausgesetzt waren. Das Arbeitnehmerentsendegesetz ist also eine Abwehr gegen die Konkurrenz ausländischer Löhne, die unter dem deutschen Lohnniveau liegen. Auf den Baubereich wird dieses Gesetz schon lange angewandt.

Während man sich bei den Gebäudereinigern, die vor wenigen Wochen in das Gesetz mit aufgenommen wurden, noch wenigstens die Mühe gemacht hatte, eine Entsendeproblematik zu konstruieren,

einigte sich die Bundesregierung nun darauf, das Arbeitnehmerentsendegesetz zum Mittel der Wahl bei der Einführung von Branchen-Mindestlöhnen zu machen. Auf diese Weise kann nun der Arbeitsminister tarifliche Mindestlöhne – auch gegen den Willen der Arbeitgeber – per Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich erklären.

Doch das Arbeitnehmerentsendegesetz kann nicht in allen Fällen zur Anwendung kommen, sondern es ermächtigt den Arbeitsminister nur bei einem Organisationsgrad von mehr als der Hälfte der Branche zur Allgemeinverbindlicherklärung. Ist dies nicht der Fall, so will die Bundesregierung auf das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen zurückgreifen. Kinderkrankheiten dürften bei diesem Gesetz auszuschließen sein, stammt es doch aus dem Jahre 1952. Doch genau hier setzt auch die Kritik der Wirtschaft an: Es sei auf die Verwerfungen der Nachkriegsjahre ausgerichtet, nicht aber auf die Herausforderungen einer globalisierten Welt. Dennoch: Auch hier kann ein branchenbezogener Mindestlohn in einer paritätisch besetzten Kommission bei einem Patt letztendlich mit der entscheidenden Stimme des Bundesarbeitsministers eingeführt werden.

In beiden Fällen ist der heilsame Zwang auf beide Sozialpartner, sich schließlich doch einigen zu müssen, durch die herausgehobene Stellung des Bundesarbeitsministers in diesen Prozessen aufgehoben. Die Gefahr besteht, dass jeweils die Seite, die den Arbeitsminister politisch hinter sich weiß, keine Kompromissbereitschaft in den Verhandlungen signalisieren wird. Im Gegensatz zur Politik, lebt die erfolgreiche Tarifpolitik jedoch von ihren Kompromissen. Sind diese von vorneherein ausgeschlossen oder zumindest unwahrscheinlich, ist damit Niemandem geholfen.



Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie sind von der aktuellen Diskussion um die Mindestlöhne nicht betroffen, weil das Lohnniveau weit über den Mindestlöhnen liegt, die im Moment diskutiert werden.

Foto: Fielstette

## Mindestlohn berührt M+E-Industrie (noch) nicht

**Die Diskussion um einen Mindestlohn berührt die Pfälzer M+E-Industrie nicht: Alle aktuell ernsthaft diskutierten Zahlen liegen unter dem niedrigsten M+E-Tarif. Dennoch stellt ein gesetzlicher Mindestlohn eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft im Lande dar.**

**E**in gesetzlicher Mindestlohn würde zunächst einmal nichts an der Entlohnung der M+E-Mitarbeiter ändern. Dafür liegen die Entgelte auf einem Niveau, das vom Existenzminimum weit entfernt ist. Schließlich lagen die Tarifabschlüsse in der M+E-Industrie seit 2002 teilweise deutlich über den Entgeltsteigerungen in der deutschen Gesamtwirtschaft und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Ist der Mindestlohn also kein Thema für Rheinland-Pfalz?

Weit gefehlt, erklärt PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon: „Es ist gefährlich, dieses Fass zu öffnen – wenn sich die Löhne durch staatliche Impulse nach oben entwickeln, dann werden sehr schnell auch die tarifierten Branchen in diesen Sog geraten.“ Einfache Tätigkeiten, nicht nur im Osten Deutschlands, seien hiervon gefährdet: „Wenn die Menschen in manchen Regionen Ostdeutschlands für einen Haarschnitt nicht bereit sind, mehr als fünf Euro zu bezahlen, dann kann der Friseur nun mal keine 7,50 Euro pro Schnitt verdienen“, so Simon.

Wenn der Staat einen Mindestlohn festlege, dann müsse dieser im Einzelfall auch durch entsprechende Kombilohn-Modelle dafür sorgen, dass dieses Einkommen erreicht werden könne.

### ferrum-wirtschaftslexikon

#### MINDESTLOHN

Es gibt verschiedene Formen eines Mindestlohnes. Der *gesetzliche Mindestlohn* legt die unterste Entgeltgrenze fest, unterhalb der kein Arbeitnehmer mehr beschäftigt werden darf. Hier gibt es verschiedene Modelle, wer letztendlich die Höhe des Mindestlohnes bestimmt.

Darüber hinaus gibt es die *branchenbezogenen Mindestlöhne*. Diese legen in der Regel das niedrigste Entgelt fest, zu dem in einer Branche ein Arbeitnehmer beschäftigt werden darf. Bei branchenbezogenen Mindestlöhnen gibt es verschiedene Möglichkeiten der Festlegung, gängig ist hier der *allgemeinverbindliche Tarifvertrag*. Dieser wurde von Sozialpartnern ausgehandelt und ist dann für alle Mitarbeiter einer Branche anzuwenden.

Branchenbezogene Mindestlöhne gibt es in Deutschland im Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackierhandwerk, Abbruchgewerbe und bei den Gebäudereinigern (seit 1. Juli 2007).



Die M+E-Industrie ist in der Pfalz ein wahrnehmbarer Faktor: Rund 50.000 Menschen fanden in der Metall- und Elektroindustrie der Pfalz im vergangenen Jahr Arbeit. Das sind 42 Prozent aller M+E-Mitarbeiter in Rheinland-Pfalz.

**D**ies ist umso bemerkenswerter, weil in der Pfalz gerade einmal 30 Prozent aller M+E-Betriebe des Landes liegen. Diese Zahlen veröffentlichte der Verband der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie (PfalzMetall) jetzt aus Anlass des diesjährigen PfalzMetall-Tages in Neustadt/Weinstraße.

Der PfalzMetall-Tag 2007 stand ganz im Zeichen der Stiftung PfalzMetall (siehe Kasten). Der stellvertretende Ministerpräsident und zuständige Stiftungsminister Karl Peter Bruch übergab dem PfalzMetall-Präsidenten vor den mehr als 300 Zuhörern die Stiftungsurkunde. Diesen feierlichen Moment unterstrichen das Kurpfälzische Kammerorchester (KKO) und die chinesische Pianistin Lan Yao unter der Leitung von Prof. Thorsten Mäder, die mit Mozarts Klavierkonzert in A-Dur die Anwesenden zu Beifallsstürmen hinarissen.

Doch natürlich stand neben der Stiftungsfeier auch die Branchenentwicklung im

50.000 Menschen arbeiten in der Pfalz in der Metall- und Elektroindustrie

## M+E-Industrie blickt optimistisch

Vordergrund des PfalzMetall-Tages. In seiner Rede ging PfalzMetall-Präsident Dr. Kulenkamp neben aktuellen wirtschafts- und steuerpolitischen Herausforderungen, die er Minister Bruch mit auf den Rückweg nach Mainz gab, auch hierauf ein. Die Herausforderungen der pfälzischen M+E-Industrie sind Besondere: Da sie stark vom exportorientierten Fahrzeugbau geprägt ist, wirkte sich die Schwäche der Automobilindustrie spürbar aus. So stieg der Umsatz im vergangenen Jahr nur um +3,8 Prozent auf 14,8 Mrd. Euro – bundesweit lag die Steigerungsrate bei + 8,8 Prozent. Zugpferd war hier – wie in ganz Rheinland-Pfalz – der Inlandsumsatz mit + 9,3 Prozent, der den Rückgang des Auslandsumsatzes um – 0,8 Prozent kompensieren konnte. Hätten die anderen M+E-Branchen nicht mit einem positiven Auslandsgeschäft entgegengewirkt, hätte sich der Fahrzeugbau mit –5,1 Prozent noch stärker bemerkbar gemacht.

Deutschlandweit kam der Beschäftigungsrückgang in der M+E-Industrie an-

nähernd zum Erliegen. Diesen Effekt konnte die Pfalz im Vorjahr noch nicht vollständig nachvollziehen. Pfalz-Metall-Präsident Dr. Eduard Kulenkamp ist jedoch optimistisch, dass sich die Entwicklung bei den Mitarbeitern im laufenden Jahr umkehren wird: „Die pfälzische Metall- und Elektroindustrie ist stark geprägt durch die Kfz-Zulieferindustrie, die im vergangenen Jahr unter besonderem Druck stand. In diesem Jahr hoffen wir hier auf weitere Entspannung, die sich dann auch in Arbeitsplätzen niederschlagen wird.“ Die Entwicklung bei den Auftragseingängen unterstützt und begründet diesen Optimismus.

Der Aufschwung macht auch die Nachfrage nach Fachkräften aktueller. Der derzeit diskutierte Mangel an Fachkräften ist natürlich auch in der Metall- und Elektroindustrie ein Thema. Nicht erst als Reaktion auf diese Diskussion, sondern seit Jahren schon fördert PfalzMetall den Ingenieur-Nachwuchs der TU Kaiserslautern. Mit dem PfalzMetall-Preis werden Studenten ausgezeichnet, die



Fotos: Linzmeier-Mehn

## Industrie tisch auf 2007

mit ihrer Abschlussarbeit besonders herausragende Leistungen erbracht haben. In diesem Jahr waren dies Dipl.-Ing. Benjamin Hoffmann für den Fachbereich Maschinenbau und Dipl.-Ing. Matthias Roth für den Fachbereich Elektrotechnik. Hoffmann hat in nur elf Semestern das Studium des Maschinenbaus mit dem Schwerpunkt „Grundlagen und Werkstofftechnik“ an der TU Kaiserslautern mit der Gesamtnote „sehr gut“ abgeschlossen. In seiner Abschlussarbeit hat er sich mit der Herausforderung der „Erstellung eines Abschaltkonzeptes für Lüftungsanlagen im Brand- und Schadensfall“ befasst. Roth stammt aus Kaiserslautern und hat in nur zehn Semestern das Studium der Elektrotechnik mit der Gesamtnote „sehr gut“ abgeschlossen. Seine Abschlussarbeit beschäftigte sich mit dem Thema „Analyse von Zustandsabweichungen bei der modellbasierten Diagnose ereignisdiskreter Systeme“. Mit Hilfe dieses Preises soll die Begeisterung für technische Berufe bei jungen Menschen wieder neu geweckt und gefördert werden.

### Stiftung PfalzMetall: Kernkompetenz Bildung

**Die Arbeitgeber der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Daher haben sie die Stiftung PfalzMetall ins Leben gerufen. Mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro handelt es sich bei der Stiftung PfalzMetall um eine der größten Stiftungen in Rheinland-Pfalz.**

Die Stiftungsurkunde wurde dem Stiftungsvorsitzenden und Präsidenten des Verbandes der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie (PfalzMetall), Dr. Eduard Kulenkamp, im Rahmen des PfalzMetall-Tages durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Karl-Peter Bruch überreicht.

„Mit diesem Pfund wollen wir im Sinne der Menschen in der Pfalz wuchern. Wohlstand lässt sich nur dann dauerhaft si-

chern, wenn es gelingt die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten“, erklärt Dr. Eduard Kulenkamp. Bildung ist hierfür ein zentraler Baustein und die Kernkompetenz der Stiftung PfalzMetall.

Die Stiftung PfalzMetall fördert Aktivitäten vor allem in den Bereichen Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie Jugend- und Altenhilfe. Der Schwerpunkt liegt im MINT-Bereich, das sind die Disziplinen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Der Vorstand der Stiftung wird in seiner Arbeit von einem Stiftungsrat unterstützt. Besonders sachverständige Personen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft engagieren sich in diesem Gremium, um der Arbeit der Stiftung auf diesem Wege zusätzliche Impulse für Ihre Arbeit mitzugeben.



**Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister von Rheinland-Pfalz, Karl Peter Bruch (r.), überreichte dem PfalzMetall-Präsidenten und Vorsitzenden der Stiftung, Dr. Eduard Kulenkamp, die Stiftungsurkunde.**



Foto: Speker

**Theorie und Praxis sind normalerweise zwei Paar Schuhe. Gerade in der universitären Ausbildung von Ingenieuren soll dieses Wortpaar jedoch auch inhaltlich zusammengebracht werden. Darum unterstützt der Verband der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie (PfalzMetall) die Technische Universität Kaiserslautern bei ihren Bemühungen Studenten mit den Herausforderungen des Berufslebens zu konfrontieren.**

**H**inzu kommt, dass bei den Europäischen Teamseminaren die deutschen Studenten diese Herausforderungen gemeinsam mit ausländischen Studierenden von Partner-Universitäten absolvieren – also internationale Praxiserfahrung sammeln. In diesem Jahr arbeiteten die angehenden Ingenieure aus

Kaiserslautern mit spanischen Kommilitonen zusammen, um den Produktionsablauf des Zweibrücker Kranherstellers Terex-Demag zu optimieren.

Dabei landeten sie vergleichsweise schnell und hart in der Wirklichkeit, als sie erkennen mussten, dass der Unterschied zwischen Reißbrett und Realität ein Großer sein kann. Denn um die Wegebeziehungen der Teilezulieferung zur Produktionslinie zu optimieren, haben sie sich den kürzesten Weg durch ein freistehendes Warenlager gesucht. Dies stellte sich jedoch relativ schnell als nicht praktikabel heraus, da dieses Warenlager nach den Vorgaben des Herstellers nicht durchschnitten werden sollte.

Hier lernten die Studenten schnell, was es heißt, aus den Vor- und Maßgaben die bestmögliche Lösung herauszusuchen.

Und so erarbeiteten die Studenten aus Valencia und Kaiserslautern dennoch einen Plan, den sie schließlich mit Hilfe einer Computer-Animation den Verantwortlichen von Terex-Demag vorstellten.

„Wir werden diese Ergebnisse in Ruhe auswerten und dann sehen, was wir davon übernehmen können und werden“, zeigte sich Michael Wöhler von Terex-Demag beeindruckt von den Leistungen der Studenten. Jederzeit wieder würde er sich an einem solchen Projekt beteiligen, von dem alle Beteiligten nur profitieren könnten. Aus Sicht von PfalzMetall handelt es sich bei diesem Engagement um einen wichtigen Baustein zur weiteren Attraktivierung des Ingenieur-Studiums. Die inhaltliche Bereicherung komme durch die praktische Arbeit, quasi an einem „lebenden Objekt“ hinzu.



## 500.000 Actros in Wörth für die Welt produziert

Im Juni ist in Wörth der 500.000. Mercedes-Benz Actros Lkw vom Band gelaufen. Die arktikweiße Sattelzugmaschine vom Typ 1841 LS wurde von Hubertus Troska, Leiter Mercedes-Benz Lkw (Europa/Lateinamerika), und Ulrich Bastert, Leiter Vertrieb und Marketing Mercedes-Benz Lkw, an eine französische Spedition übergeben. Der Mercedes-Benz Actros ist nach Auskunft von DaimlerChrysler der meistgebaute Schwer-Lkw Europas. Vor elf Jahren wurde das Flaggschiff von Mercedes-Benz erstmals vorgestellt. Seit 2003 ist die zweite Generation des Actros auf dem Markt.

Hubertus Troska betonte anlässlich der Übergabe: „Mit 22 % Marktanteil in Westeuropa 2006 sowie Kunden in über 100 Ländern weltweit ist der Actros ein wahrhaft globaler Lkw, der seinen Dienst verlässlich vom arktischen Sibirien bis zum subtropischen Zentralafrika versieht. Eine halbe Million Fahrzeuge bestätigen den überlegenen Erfolg unseres Flaggschiffs



**Ganz in Artikweiß präsentierte sich der Jubiläums-Actros vor seiner Übergabe an eine französische Spedition.**

Foto: DaimlerChrysler

als Technologieführer, das Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Fahrerkomfort auf höchstem Niveau vereint.“

1996 revolutionierte der Actros nach Angaben von DaimlerChrysler die Lkw-Welt mit der ersten elektronisch geregelten Bremsanlage und Scheibenbremsen rundum, bald darauf mit weiteren Sicherheits-

und Assistenz-Systemen, seit 2003 mit einer umfassenden Überarbeitung des Fahrerhauses und Anfang des Jahres 2005 mit der frühen Einführung von ebenso sauberen wie sparsamen Motoren auf Basis der Blue-Tec-Diesel-Technologie. Jetzt setzt der Actros mit dem Notbrems-Assistenten Active Brake Assist erneut Maßstäbe.

## Tag der offenen Tür in Bellheim

Ein Tag der offenen Tür – einen ganz besonderen Anlass, gab es jetzt bei Kardex – Bellheimer Metallwerk GmbH. Kein Jubiläum, keine besondere Regelmäßigkeit – es war vielmehr der Wunsch der Unternehmensleitung ihren Mitarbeitern und deren Angehörigen „Danke“ zu sagen. Denn das Bellheimer Metallwerk hat eine Umstrukturierungsphase hinter sich, in deren Folge selbst der Standort Bellheim auf der Kippe stand.

Doch die Herausforderungen sind erfolgreich bewältigt: „Die Zutaten für diesen Erfolg sind zum einen das Vertrauen, das die Schweizer Konzernleitung trotz schwieriger Ausgangssituation in den Standort Bellheim gesetzt und massiv investiert hat, zum anderen das große Engagement der Mitarbeiter, ohne deren Know-how, Einsatzbereitschaft und Flexibilität auch die größte Investition nicht

zum Erfolg führen kann“, schreiben die Bellheimer Geschäftsführer Arnold Schura und Bernhard Früh in ihrem Grußwort der Broschüre, die extra zu diesem Tag der offenen Tür gedruckt wurde.

Auf dem Betriebsgelände in Bellheim werden dynamische Lagersysteme nach dem Idealprinzip „Ware zur Person“ hergestellt. Als größter Produktions- und Entwicklungsstandort in der Kardex-Gruppe werden an dem Standort 337 Mitarbeiter beschäftigt, davon 21 Auszubildende. Die Geschäftsleitung der Kardex-Remstar-Gruppe sieht weitere Herausforderungen auf den Konzern zukommen. So fragen Jos De Vuyst und Jürg Müller aus Anlass des Tages der offenen Tür: „Wie bleiben wir trotz Kostenerhöhung bei Material, teurerer Energie, Herausforderungen im Personalbereich und so weiter an diesem Standort konkurrenzfähig?“



Foto: Speker

**Besucher aller Generationen besichtigten mit großem Interesse die Fertigung des Kardex-Werkes in Bellheim, hier die Biegezone. Die beiden Roboter werden von den Mitarbeitern „Siegfried“ und „Roy“ genannt.**

Vorsicht bei Auslandsreisen / Nicht nur auf ein Zahlungsmittel verlassen

## Auf Nummer sicher mit Plastikgeld und Reiseschecks



Damit es unter Palmen keine unnötigen Schatten gibt, sollte man sich vorher Gedanken über die Form der Urlaubskasse machen.

Foto: pixelio.de

**Bei einer Reise ins Ausland sollte man sich aus Sicherheitsgründen nicht nur auf ein Zahlungsmittel verlassen. Neben Bargeld gehören auch Plastikgeld oder Reiseschecks ins Gepäck, so der Rat der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.. Bargeld ist wegen des Diebstahrisikos die unsicherste Geldquelle.**

**E**s empfiehlt sich, für die ersten Tage einen geringen Vorrat mitzunehmen. In Weichwährungsländern wie etwa der Türkei oder den osteuropäischen Ländern sind die Tauschkonditionen ohnehin vor Ort meist besser als in Deutschland. Geht die Reise in Hartwährungsländer wie USA oder Großbritannien, ist es allerdings in der Regel günstiger, das Geld zuhause zu tauschen.

Maestro- (ehemals EC-) und Kreditkarten sind im Ausland ein bequemes und unverzichtbares Zahlungsmittel. Mit ihnen ist das Bezahlen in Handel und Gas-

tronomie in der Euro-Währungszone kostenlos. Hierfür darf kein Auslandseinsatzentgelt mehr verlangt werden. Außerhalb der Euro-Währungszone fällt dagegen beim bargeldlosen Bezahlen je nach Anbieter eine Währungsumrechnungsprovision von 1 bis 2 % an. Wer mit der Maestro-Karte Geld am Automaten abhebt, zahlt in der Regel sowohl in der Euro-Währungszone als auch außerhalb Gebühren. Meist betragen sie 1 % vom abgehobenen Betrag, mindestens jedoch 3,50 bis 5 Euro je nach Institut.

Holt man mit der Kreditkarte Bargeld am Automaten, fallen teilweise noch höhere Gebühren an. Die Verbraucherzentrale rät daher, sich vor Reiseantritt bei seinem Kreditinstitut sowohl über die Akzeptanz der Karten als auch über die Gebühren für den Einsatz im jeweiligen Urlaubsland zu erkundigen. Ebenfalls sollte man die Sperrnummer für die Karten im Gepäck haben, um sie im Falle eines Verlustes oder Diebstahls sofort sper-

ren lassen zu können. Seit Juli 2005 gilt für Karten der angeschlossenen Kreditinstitute und Kreditkartenunternehmen die einheitliche Telefonnummer 0049/116 116. Eine Liste der angeschlossenen Institute findet man im Internet unter [www.sperr-ev.de](http://www.sperr-ev.de).

Ein sicheres Reisezahlungsmittel sind Reiseschecks in der jeweiligen Landeswährung oder in Euro. Diese kann man im Urlaubsland direkt zum Bezahlen nutzen oder in Bargeld wechseln. Die meisten Kreditinstitute verlangen beim Kauf eine Gebühr von 1 bis 1,5 % vom Scheckbetrag. Vor Ort fällt oft noch zusätzlich eine Gebühr an, die je nach Reiseort variieren kann. Man sollte sich daher bereits beim Kauf der Schecks über günstige Eintauschmöglichkeiten im Urlaubsland erkundigen. Ein weiterer Vorteil von Reiseschecks: Bei Verlust oder Diebstahl der Schecks erhalten Urlauber am Reiseort gegen Vorlage der Kaufquittung schnell und kostenlos Ersatz.

Neue Steuer-Identifikationsnummer soll Steuerhinterziehung eindämmen

## Die TIN kommt von ganz alleine

**Seit dem 1. Juli gibt es sie – und man wird sie so schnell auch nicht mehr los: Die neue und persönliche Steuernummer. Hinter dem gleichermaßen kurzen wie wohlklingenden Namen „TIN“ verbirgt sich diese Neuerung, die jeder Steuerpflichtige künftig sein Leben lang und sogar über den Tod hinaus behält.**

In diesen Wochen findet ein umfangreicher Datenabgleich statt, bis dann die neue TIN jedem Steuerpflichtigen zugewiesen wird. Hierzu melden mehr als 5.000 Einwohnermeldeämter die persönlichen Daten von 82 Millionen Menschen dem Bundeszentralamt für Steuern. Dort werden die Merkmale Familien- und Ge-

burtsname, Vornamen, akademischer Grad, Künstler- oder Ordensname, Geburtstag und -ort, Geschlecht, aktuelle Adresse, die zuständige Finanzbehörde sowie nach dem Ableben der Sterbetag gespeichert.

Beim Wechsel des zuständigen Finanzamtes, etwa durch einen Umzug, bleibt die neue Nummer erhalten. Ebenso, wenn sich die beruflichen Aktivitäten ändern. Die TIN bleibt auch 20 Jahre nach dem Tod eines Menschen diesem noch zugeordnet. Auf diese Weise wollen die Behörden der Steuerhinterziehung Einhalt gebieten. Außerdem sollen Steuererklärungen und Verwaltungsabläufe somit effektiver elektronisch abgewickelt werden können. Die neue bundeseinheitliche

Steuer-Identifikationsnummer besteht aus zehn Ziffern und einer zusätzlichen Prüfziffer.

Eine zentrale bleibende Nummer ist keine deutsche Besonderheit. In den USA verfügt jeder Bürger über eine Sozialversicherungsnummer, die ihn oder sie ebenfalls ein Leben lang begleitet. Kritiker sehen in der neuen Nummer einen Schritt in Richtung dauerhafte Überwachung der Steuerpflichtigen. So befürchtet etwa der Bund der Steuerzahler eine Aushöhlung des Steuergeheimnisses.

Von Oktober an soll den ersten Bürgern ihre TIN mitgeteilt werden. – Übrigens: TIN steht für Taxpayer Identification Number.



Das Wesentliche ändert sich auch mit der neuen TIN nicht – der Fiskus hält nach wie vor die Hand auf.

Foto: pixellio.de

# Grafik des Monats



Jedes Jahr in Deutschland:

**Mehr als vier Monate frei**

Nirgends in Europa klaffen der gesetzliche Anspruch und der tatsächlich gewährte Urlaub soweit auseinander, wie in Deutschland. Mit durchschnittlich 30 Urlaubstagen plus 104 Wochenend-Tagen haben die Deutschen mehr als vier Monate pro Jahr frei – ohne die gesetzlichen Urlaubstage, wie Weihnachten, Ostern oder den Tag der Deutschen Einheit. Mit dem Urlaubsanspruch ist Deutschland europaweit hinter Schweden auf Platz zwei.